

Karl-Josef Laumann, Vorsitzender Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW

Lieber Kollege Möllenberg! Lieber Kollege Gauger! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich dir, Franz-Josef, ganz herzlich zu deiner Wiederwahl am Dienstag gratulieren. Du bist jetzt im 16. Jahr Vorsitzender dieser Gewerkschaft. Damit ist deine Amtszeit länger als die von Helmut Kohl.

(Beifall)

Der Unterschied ist, dass 88 % deiner Kolleginnen und Kollegen der Meinung sind, dass es gut ist, dass du so lange Vorsitzender warst, und dass du weitermachen sollst.

(Zuruf: Das ist eine Androhung!)

– Das ist eine Frage des Blickwinkels.

(Heiterkeit)

Ich darf mich ganz herzlich für die Einladung bedanken. Ihr habt mir – so steht es auch in eurer Einladung – aufgetragen, auch als nordrhein-westfälischer Arbeitsminister in meiner Rede zu zwei Themen Stellung zu nehmen. Ich meine die Themen Lohndumping und Arbeitsschutz in eurer Branche.

Bevor ich das tue, möchte ich kurz darauf eingehen, was uns in diesen Tagen der Finanzkrise bewegt. Ich glaube, dass vielen Menschen in Deutschland klar wird, dass es nach wie vor richtig und gut ist, dass es Gewerkschaften gibt und dass wirtschaftliches Handeln nicht ohne Spielregeln stattfinden darf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube auch, dass es nicht reicht, jetzt nur über die Banker zu schimpfen und Sprüche zu klopfen. Vielmehr kommt es vor allen Dingen darauf an, den Blick nach vorne zu richten und aus dem, was passiert ist, die richtigen Lehren zu ziehen. Aus meiner Sicht sind die richtigen Lehren nicht, wie bisher weiterzumachen und zumindest bei den Finanzmärkten keine Spielregeln zu haben. Allerdings bin ich auch davon überzeugt, dass die Alternative auf keinen Fall in der Staatswirtschaft zu suchen ist.

Ich wünsche mir, dass wir zu dem Verständnis der sozialen Marktwirtschaft zurückkehren, wie es in den 50er-, 60er-, 70er- und 80er- Jahren bei uns in Deutschland der Fall war, als die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, aber auch Ethik im wirtschaftlichen Handeln selbstverständlich dazugehörten.

Wenn jemand nach seinem Verstand handelt, dann ist dieses oft mit Eigennutz verbunden. Wenn jemand, der Verantwortung trägt, nach Vernunft handelt, dann ist dieses oft mit Gemeinwohl verbunden. Und dem Eigentum obliegt auch eine Verpflichtung für das Gemeinwohl.

(Beifall)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich bin ein Mensch, der mit der Stadt Leipzig viel Positives verbindet. Schließlich ging von dort im Vorfeld unserer Wiedervereinigung 1990 eine großartige Bürgerbewegung für ein einiges und freies Deutschland aus. Aber was meine Partei angeht, so möchte ich sehr raten, den Geist von Leipzig jetzt hinter sich zu lassen.

(Beifall)

Ich glaube, dass wir eine Politik brauchen, die Spielregeln aufzeigt. Schließlich käme auch niemand auf die Idee, ein Fußballspiel ohne Spielregeln, ohne ein klar abgestecktes Rasenfeld stattfinden zu lassen. Und zu diesen Spielregeln gehören meiner Meinung nach vor allen Dingen in der sozialen Marktwirtschaft vernünftige Mechanismen der Lohnfindung, und ich persönlich halte Tarifverträge und Flächentarifverträge für das Beste, was die Menschheit bislang erfunden hat, um zu einer vernünftigen Lohnfindung zu kommen.

(Beifall)

Dazu gehören auch starke Gewerkschaften in allen Branchen; sonst geht es nicht. Und dazu gehören auch Arbeitgeber, die sich in Arbeitgeberverbänden organisieren. Wir brauchen aber keine Arbeitgeberverbände, die sogenannte außertarifliche Abteilungen führen, welche zwar die Mitgliedsbeiträge einkassieren, aber mit Tarifverträgen nichts zu tun haben wollen.

(Beifall)

Arbeitgeberverbände, die sich der Frage der Lohnfindung bewusst entziehen, sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

(Beifall)

Deswegen hat die CDU in Nordrhein-Westfalen vor einigen Wochen ein Papier zur Stärkung der Tarifautonomie verabschiedet, in dem wir uns ganz klar dazu bekennen, dass bestimmte Bonussysteme für Gewerkschaftsmitglieder in Tarifverträgen völlig in Ordnung sind,

(Beifall)

um auch darüber die Bindungskraft an Gewerkschaften zu stärken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, über die Frage der Lohnfindung wird unter uns Arbeitnehmern seit Generationen geredet. Schon vor 120 Jahren hat Papst Pius IX. zur damaligen Industrialisierung gesagt: Wenn die Arbeitgeber die Löhne einseitig festlegen können, ist es nicht in Ordnung, und wenn ein Mensch von seiner Hände Arbeit nicht leben kann, ist es eine himmelschreiende Ungerechtigkeit.

(Beifall)

Ich kann nur sagen: Päpste sind unfehlbar, und deshalb haben sie recht.

(Heiterkeit)

Von dieser Entwicklung sind wir leider auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland noch weit entfernt. Ich sehe Berthold Huber hier. Lieber Berthold, in der Branche, aus der wir beide kommen, herrschen sicherlich andere Verhältnisse als in der Branche von Franz-Josef Möllenberg. Wie ihr alle wisst, kann man die Wirtschaftsbereiche nicht einfach miteinander vergleichen.

Das ist auch der Grund, warum ich mich in Nordrhein-Westfalen in den drei Jahren meiner bisherigen Amtszeit sehr darum bemüht habe, dass wir in Branchen, in denen wir schon lange keine Tarifverträge mehr haben und in denen die Nachwirkungen von Tarifverträgen aufgrund der langen Zeitachse immer weiter nachlassen, wieder zu Tarifverträgen kommen.

Ich bin froh darüber, dass wir etwa im Wachgewerbe, dass wir bei den Friseuren, aber auch im Bereich Hotel und Gaststätten in Nordrhein-Westfalen zu Tarifverträgen gekommen sind und dass diese Tarifverträge auch von mir in allen diesen Branchen für allgemeinverbindlich erklärt worden sind.

(Beifall)

Ihr mögt ja über uns Christlich-Sozialen denken wie ihr wollt, aber ihr findet zurzeit keinen Minister in Deutschland, der mehr Tarifverträge für allgemeinverbindlich erklärt hat als Karl-Josef Laumann in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Deswegen möchte ich mich bei dem Kollegen Gauger ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanken, die es dort gegeben hat. Ich hoffe, dass wir beiden es auch noch erleben, dass wir auch bei den Bäckern zu einem Ergebnis kommen. Da sind wir leider vor einigen Wochen im ersten Anlauf an der Arbeitgeberseite gescheitert. Das lag im Übrigen auch daran, dass die Bäcker Angst hatten vor den sogenannten Franchise-Bäckern im Einzelhandel, weil wir in dem kleinen Einzelhandel zurzeit keinen Tarifvertrag haben. Deswegen, finde ich, muss man noch einmal versuchen, beides zusammen anzupacken, um zu einer Lösung zu kommen.

Ich will hier ganz offen sagen: Ich bin nicht der Mensch, der sehr für staatliche Mindestlöhne ist. Meine Position ist ja bekannt, und da haben wir ja auch eine Meinungsverschiedenheit. Aber ich bin schon der Meinung, dass auch ein Arbeitsminister mit seiner Person und ein bisschen mit der Autorität des Amtes eines Mitgliedes einer Landesregierung selbstverständlich dafür sorgen darf, dass Leute, die lange nicht mehr über Tarifverträge geredet haben, auch mal wieder über Tarifverträge reden. Ich sage das offen, dass wir es bei Hotel und Gaststätten mit über 200.000 Beschäftigten geschafft haben, das war ein ganz wichtiges Ding. Und dass wir es

bei den Friseuren geschafft haben, ist auch eine tolle Sache, vor allen Dingen, weil das ja ein Kleinstmittelstandsbereich ist. Die meisten Friseure haben ja nur zwei oder drei Angestellte. Darüber, dass wir eine einklagbare Geschichte, auch vernünftige Löhne hingekriegt haben, freue ich mich.

Aber ich sage auch ganz offen, dass ich in Nordrhein-Westfalen eine Branche habe, bei der mir auch die Phantasie fehlt und wo etwas nicht in Ordnung ist, wenn ich an die Arbeitsbedingungen in einem Teil der nordrhein-westfälischen Schlachthöfe denke. Für mich ist dieser Bereich ein Beweis dafür, dass es richtig ist, dass wir nach den Möglichkeiten des Arbeitnehmermindeststandardsicherungsgesetzes überlegen müssen, wie wir das hinkriegen.

Das große Problem ist, dass wir auf der Arbeitgeberseite keine Struktur haben, um über Einzeltarifverträge hinaus überhaupt etwas hinzukriegen. Man steht vor einem solchen Bereich wirklich relativ ratlos da. Ich wage hier heute die Aussage, dass so mancher Skandal in der Fleischwirtschaft, der uns ja in der Branche auch wehgetan hat, bis in die Bauernhöfe hinein, auch etwas damit zu tun hat, welche Verwahrlosung von Sitten hier und da in diesem Bereich letzten Endes eingetreten ist.

(Beifall)

Ich will gerne einen weiteren Bereich ansprechen, den wir in den nächsten Jahren gestalten müssen: Wie machen wir das in einer älter werdenden Gesellschaft? Wie machen wir das mit der Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit? Wie kriegen wir es hin, dass die Menschen länger arbeiten können, weil die Demographie und der Altersaufbau unserer Gesellschaft uns da keine Wahl lassen? Ich glaube nicht, dass die Antwort lauten kann: Plumps, wir machen Rente mit 67, friss oder stirb, das ist die Lösung,

(Beifall)

sondern wir müssen Strategien dafür entwickeln, wie wir auch älter werdende Arbeitnehmer wieder stärker in innovativer Beschäftigung in unsere Wirtschaft einbinden.

Ich bin, obwohl ich erst 51 Jahre alt bin, ein Mensch, der die Arbeitswelt der 70er Jahre kennengelernt hat, weil ich 1973 in die Lehre gekommen bin. Ich bin ja auch noch einer der wenigen Menschen, die eher einen Gesellenbrief als einen Führerschein hatten. Das lag nicht daran, dass ich zu doof war, einen Führerschein machen, sondern weil ich zu meinem 18. Geburtstag meinen Gesellenbrief hatte. Natürlich war es in den 70er Jahren so, dass die damaligen älteren Kollegen, wenn sie schwerbehindert waren, bis 60 arbeiteten und wenn sie nicht schwerbehindert waren, bis 63 arbeiteten. Aber in den 70er Jahren gab es wenige nicht behinderte ältere Kolleginnen und Kollegen, weil die Leute, die damals in dem Alter waren, alle Teilnehmer des 2. Weltkrieges waren.

Dann kam in den 90er Jahren die Frühverrentung. Wenn wir ehrlich sind, gibt es in weiten Bereichen der deutschen Wirtschaft heute kaum noch jemanden, der für Personal Verantwortung trägt, der weiß, wie der Umgang mit Arbeitnehmern ist, die über 60 Jahre alt sind. Das muss man doch zugeben.

(Beifall)

Wenn man in die Betriebe hineinschaut, dann weiß man auch, dass die Arbeitsplätze, auf denen wir in den 70er Jahren die älteren Kolleginnen und Kollegen untergebracht haben, sage ich mal, heute den Unternehmen gar nicht mehr gehören. In der Firma, in der ich gearbeitet habe, wurde man, wenn man älter war und nicht mehr so gut konnte, schon mal aus der Produktion herausgenommen, ging ins Ersatzteillager, ins Magazin, in die Werkzeugausgabe. Aber wenn ich heute in einen modernen Produktionsbetrieb komme, stelle ich fest, dass in der Regel das Ersatzteillager an einen Logistiker vergeben ist, das Magazin macht wer weiß wer, und die Werkzeugausgabe gibt es eigentlich gar nicht mehr. Und der Wachdienst – früher nannten wir das mal Pförtner – ist heute in der Regel außerhalb der Firma von einer privaten Gesellschaft organisiert.

Ich sehe diese Probleme. Deswegen überlege ich auch in Nordrhein-Westfalen, etwa in Papieren über die Rentenversicherung, ob wir nicht einen Teil dieser Problematik dadurch entschärfen können, dass wir die Bedingungen für Teilrente ab dem 60. Lebensjahr so verändern müssen, dass die Menschen das auch in Anspruch nehmen. Auf jeden Fall haben die Rentenexperten in meinem Ministerium ausgerechnet, dass rein theoretisch jemand, der mit 60 Jahren eine halbe Rente nimmt und einen halben Arbeitsplatz machen würde, die Abschläge, die er dadurch bei der Rente in Kauf nehmen muss, durch die Beiträge, die er weiter entrichtet, wieder wettmachen kann.

Ich glaube, dass wir auch mehr solcher Modelle überlegen müssen und dass wir, was starken Gewerkschaften wie der IG BCE und der IG Metall teilweise gelingt, auch überlegen müssen, wie man das über Tarifverträge lösen kann. Nur zu sagen, es kann alles so bleiben, wie es heute ist, ist genauso falsch wie zu sagen, Vogel frisst oder stirbt. Deswegen glaube ich, dass wir hier in einen Dialog darüber kommen sollten, der in den Branchen sicherlich unterschiedlich ist, wie wir dies in den nächsten Jahren gestalten können - 2012 fängt das ja langsam an; wir haben also noch ein bisschen Zeit -, damit die Leute keine Angst vor einer solchen Entwicklung haben. Ich möchte schon gerne, dass die Menschen in Deutschland Sicherheit und Veränderung miteinander vereinbaren können. Wir können den Menschen nicht Veränderungen ohne Sicherheit zumuten, weil es bei unseren Kolleginnen und Kollegen auch immer um ein Stück Lebensplanung geht.

Dann müssen wir uns einem weiteren Punkt stellen: der Frage des Rentenniveaus. Das hat ja vor einem halben Jahr quer durch Deutschland eine Rolle gespielt. Auf jeden Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn jemand 7,50 € verdient, muss er nach heutiger Rentenformel 47 Jahre lang arbeiten, um eine Rente zu bekommen, die höher ist als die Grundsicherung, die man auch ohne jeden Beitrag bekommt. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Menschen nie begreifen werden, warum jemand, der jahrelang gearbeitet hat, im Alter nicht besser dasteht als jemand, der das nicht getan hat. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall)

Ich bin fest davon überzeugt, dass jeder auch die Frage an uns Politiker stellt: Welches Verhältnis sollen eigentlich die Menschen im Alter zu ihrem Staat haben? Soll er abhängig sein vom Staat durch eine Fürsorgeleistung, die steuerfinanziert ist? Ich sage euch: Eine steuerfinanzierte Fürsorgeleistung wird immer die Bedürftigkeitsprüfung nach sich ziehen. Also: Hast du noch was, wird dir nicht geholfen. Oder hast du ein Verständnis vom Bürger zum Staat, dass auch der ältere Bürger, der nicht mehr produktiv sein kann, seinem Staat auf gleicher Augenhöhe gegenübersteht, indem er dann, wenn er Jahrzehnte beschäftigt war, eine Rente aus Beiträgen bezieht, die auch seinen Lebensstandard sichern?

(Beifall)

Das ist schon ein völlig anderes Staatsverständnis. Jemand, der eine politische Richtung wie ich vertritt, muss dafür sein, dass der Bürger nicht in einem Fürsorgestaat lebt – das überlasse ich gern Herrn Lafontaine -, sondern auf gleicher Augenhöhe dem Staat als freier Mensch gegenübertritt.

Ich werde weiter für solche Regelungen werben, beginnend mit dem Wahlprogramm meiner Partei für die kommende Bundestagswahl. Wir müssen uns diesem Thema stellen: Wer jahrzehntelang Beiträge gezahlt hat, muss im Alter auf jeden Fall besser dastehen als jemand, der das nicht getan hat.

(Beifall)

In diesem Zusammenhang möchte ich einen weiteren Punkt ansprechen, der mir in diesen Tagen durch den Kopf geht. Ich glaube schon, dass in der gegebenen Situation das Paket, das in der letzten Woche im Bundestag verabschiedet worden ist, richtig ist. Ich glaube auch, dass das zu einem guten Stück ein Konjunkturprogramm ist, das auch weit in der Arbeitnehmerschaft, wo Chaos war, hilft. Wenn die Historiker irgendwann in 20 Jahren über die Große Koalition ihre Berichte schreiben, wird die letzte Woche sicher zu einem der großen Pluspunkte dieser Großen Koalition gehören. Ich kritisiere davon also nichts. Aber wenn man überall Schutzschirme aufspannt, dann darf es nicht sein, dass dann, wenn wir durch diese Entwicklung eine Delle bei der Beschäftigung bekommen sollten und unsere Kollegen ihre Arbeitsplätze verlieren, sie nach zwölf Monaten in ein System kommen, in dem sie ihre Lebensversicherung, so sie denn eine haben, auflösen müssen und dass es da keine Schutzschirme gibt.

(Beifall)

Deswegen ist die Frage nach höheren Vermögensfreigrenzen für Alterssicherung in dem Bereich des SGB II aktueller denn je.

(Beifall)

Denn wenn man die Entscheidung getroffen hat, dass wir für das Alter kapitalgedeckt privat vorsorgen müssen, dann müssen diese Vorsorgeleistungen auch in einem Umfang freigestellt werden, dass sie wirklich helfen.

Dafür braucht man nicht 200 € pro Jahr, sondern wenigstens 750 €, um überhaupt eine Zusatzrente zu bekommen, die einigermaßen das wettmacht, was beim Rentenniveau durch die Rentenreform richtigerweise verändert worden ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss möchte ich gerne noch etwas zum Arbeitsschutz sagen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit unserem staatlichen Arbeitsschutz viele Kampagnen im Bereich des Hotel- und Gastgewerbes gemacht; denn hier gibt es erhebliche Probleme für den Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben. Das beginnt bei der Sicherheit der Geräte und geht bis hin zu Pausenregelungen und dem Einhalten bestimmter Arbeitszeiten.

Als Arbeitsminister kann ich da nur sehr konsequent vorgehen. Die Strategie meiner Arbeitsschutzpolitik in Nordrhein-Westfalen ist die, dass ich den Arbeitsschutz ganz besonders stark in Branchen einsetze, wo die Probleme groß sind. Oft sind es die kleineren Betriebe, in denen Handlungsbedarf besteht; bei den ganz großen Konzernen ist der Arbeitsschutz oftmals schon durch in sich organisierte Bereiche relativ gut organisiert.

Eine Arbeitsschutzverwaltung ist daher nichts Unmodernes; sondern das gehört zum Ordnungsrahmen der sozialen Marktwirtschaft und zum staatlichen Auftrag, sich auch um den Gesundheitsschutz der Menschen während der Arbeitszeit zu kümmern, unabdingbar dazu.

Ich sage euch mit den Erfahrungen, die ich in diesen drei Jahren als Minister gesammelt habe: Es ist auch gut, dass der Arbeitsschutz nicht kommunal, sondern auf einer höheren staatlichen Ebene verfasst ist. Denn ich kann durchaus den Bürgermeister verstehen, der gegen seinen besten Gewerbesteuerzahler in seinem Dorf vorgehen soll. Manchmal ist es ganz gut, dass der, der dafür verantwortlich ist – wie ich zurzeit – etwas weiter vom Schuss ist, um die Dinge dann so zu regeln, wie sie schlicht notwendig sind.

Ich möchte mich bedanken für die Aufmerksamkeit, die ich hatte. Ich möchte mich bedanken für die gute Zusammenarbeit, die ich in Nordrhein-Westfalen vonseiten der Landesregierung mit der NGG bei uns im Land habe. Ich möchte mich bedanken für die vielen Gespräche, Franz-Josef, die ich über die Jahre in den unterschiedlichen Funktionen mit dir führen konnte. Und wenn ihr denkt, dass der Vorsitzende der CDA in Deutschland oder der Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen euch helfen kann, dann sagt es mir einfach und dann reden wir vernünftig darüber.

In diesem Sinne eurem Kongress weiterhin einen guten Verlauf und gute Beschlüsse für unsere und für eure Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)